






Ecopop - Stopp der Überbevölkerung

Lehrerinformation



<p>Arbeitsauftrag</p> 	<ol style="list-style-type: none"> 1. Präsentation: Die Lehrperson stellt den Schülerinnen und Schülern die Initiative in der Klasse vor 2. Diskussion: In der Klasse wird aktiv über die Initiative diskutiert 3. Hausaufgabe: Die Schülerinnen und Schüler bereiten sich zusätzlich zu Hause auf die Prüfung vor 4. Die Prüfung 5. Diskussion der Resultate: Die Lehrperson erklärt den Schülerinnen und Schülern die Resultate der Prüfung
<p>Ziel</p> 	<p>Die Schülerinnen und Schüler lernen die Volksinitiative näher kennen und welche Auswirkungen sie auf die Schweiz haben könnte.</p>
<p>Material</p> 	<p>Lehrerinformation Erklärungstext Prüfung Lösung der Prüfung</p>
<p>Sozialform</p> 	<p>EA Plenum</p>
<p>Zeit</p> 	<ol style="list-style-type: none"> 1. 45' 2. 45' 3. 90' 4. 45' 5. 45'

Weitere Positionen und umfangreichere Materialien finden Sie unter:

Zusätzliche
Informationen:

- Pro: <http://www.ecopop.ch/>
- Kontra: <http://ecopopnein.ch/>
- Behandlung im Eidgenössischen Parlament (Curia Vista)
http://www.parlament.ch/D/Suche/Seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=13.086

Ecopop - Stopp der Überbevölkerung

Initiativtext



2/15

Information:

Sie erhalten eine Einführung in den Gesetzestext und die Entstehungsgeschichte sowie mögliche Auswirkungen der Volksinitiative „Stopp der Überbevölkerung - zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen“.

Gesetzestext

I Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 73a (neu) Bevölkerungsanzahl

¹ Der Bund strebt auf dem Gebiet der Schweiz eine Einwohnerzahl auf einem Niveau an, auf dem die natürlichen Lebensgrundlagen dauerhaft sichergestellt sind.

Er unterstützt dieses Ziel auch in anderen Ländern, namentlich im Rahmen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit.

² Die ständige Wohnbevölkerung in der Schweiz darf infolge Zuwanderung im dreijährigen Durchschnitt nicht um mehr als 0,2 Prozent pro Jahr wachsen.

³ Der Bund investiert mindestens 10 Prozent seiner in die internationale Entwicklungszusammenarbeit fliessenden Mittel in Massnahmen zur Förderung der freiwilligen Familienplanung.

⁴ Er darf keine völkerrechtlichen Verträge abschliessen, die gegen die Bestimmungen dieses Artikels verstossen oder Massnahmen verhindern oder erschweren, die zur Erreichung der Ziele dieses Artikels geeignet sind.

II Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt geändert:

Art. 197 Ziffer 92 (neu)

9. Übergangsbestimmungen zu Artikel 73a (Bevölkerungsanzahl)

¹ Nach Annahme von Artikel 73a durch Volk und Stände müssen völkerrechtliche Verträge, die den Zielen dieses Artikels widersprechen, schnellstmöglich angepasst werden, spätestens aber innert vier Jahren. Nötigenfalls sind die betreffenden Verträge zu kündigen.

Ecopop - Stopp der Überbevölkerung

Erklärungstext



3/15

Die Vorlage im Überblick

Die Volksinitiative «Stopp der Überbevölkerung - zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen» wurde vom Verein ECOPOP («ECOlogie et POPulation») am 2. November 2012 eingereicht, sprich die gesammelten Unterschriften wurden bei der Bundeskanzlei abgegeben. Am 4. Dezember 2012 stellte diese fest, dass von den eingereichten Unterschriften 119'816 gültig sind und die Initiative damit zustande gekommen ist.

Die Initiative verlangt eine grundsätzliche Neuausrichtung der schweizerischen Zuwanderungspolitik und der bewährten Praxis der Schweiz im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit mit dem Ziel, „die natürlichen Lebensgrundlagen in der Schweiz und im Ausland dauerhaft sicherzustellen“. Hierfür soll das Wachstum der ständigen Wohnbevölkerung in der Schweiz infolge Zuwanderung auf jährlich 0,2 Prozent begrenzt werden und 10 Prozent der Mittel des Bundes für die Entwicklungszusammenarbeit sollen in die freiwillige Familienplanung fließen.

Die Initianten argumentieren, dass nur durch eine drastische Beschränkung der Zuwanderung der Ressourcenverbrauch auf ein nachhaltiges Mass begrenzt werden könne. Zusätzlich solle die Schweiz einen Beitrag zur weltweiten Senkung des Bevölkerungswachstums leisten. Die Gegner der Initiative argumentieren, dass eine starre Zuwanderungspolitik die wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz komplett abwürgen würde. Zudem würde sich die neutrale Schweiz in die Familienpolitik anderer Länder einmischen und sich so international als „Geburtenimperialistin“ positionieren.

In seiner Botschaft vom 23. Oktober 2013 lehnt der Bundesrat die Initiative ohne Gegenvorschlag ab.

Die von der Volksinitiative vorgeschlagene Begrenzung der Zuwanderung würde die Zulassung ausländischer Personen in der Schweiz stark einschränken. Dies würde sich massgeblich auf das Wirtschaftswachstum der Schweiz auswirken. Die Schweizer Arbeitgeber könnten ihren Bedarf an Arbeitskräften nicht mehr decken, denn es müssten grosse Kontingente freigehalten werden, damit die Schweiz in erster Linie ihre internationalen Verpflichtungen erfüllen kann.. Eine Annahme der Volksinitiative stellt somit die bewährten bilateralen Beziehungen der Schweiz zu ihren europäischen Partnerländern in Frage und schadet der Schweizer Wirtschaft.

Die Initiative führt zudem zu einem beträchtlichen bürokratischen Mehraufwand. Eine verstärkte Fokussierung der Mittel auf den Bereich der Familienplanung würde sich ausserdem kaum auf die Ziele der Volksinitiative auswirken und stünde im Gegensatz zur bewährten Praxis der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit. Am 20. Juni 2014 haben auch der National- wie der Ständerat die Ablehnung der Initiative empfohlen. Die Initiative wird Volk und Ständen am 30. November 2014 zur Abstimmung vorgelegt.

Ecopop - Stopp der Überbevölkerung

Erklärungstext



4/15

Worum geht es?

Einleitung

Nach dem Ja des Volkes zur Masseneinwanderungsinitiative der SVP will Ecopop nun mit ihrem Vorschlag zur Begrenzung der jährlichen Einwanderung nachdoppeln. Die Initiative will den jährlichen Bevölkerungszuwachs durch Einwanderer auf 0.2 Prozent der Gesamtbevölkerung beschränken und 10 Prozent des Entwicklungshilfebudgets für die Familienplanung einzusetzen.

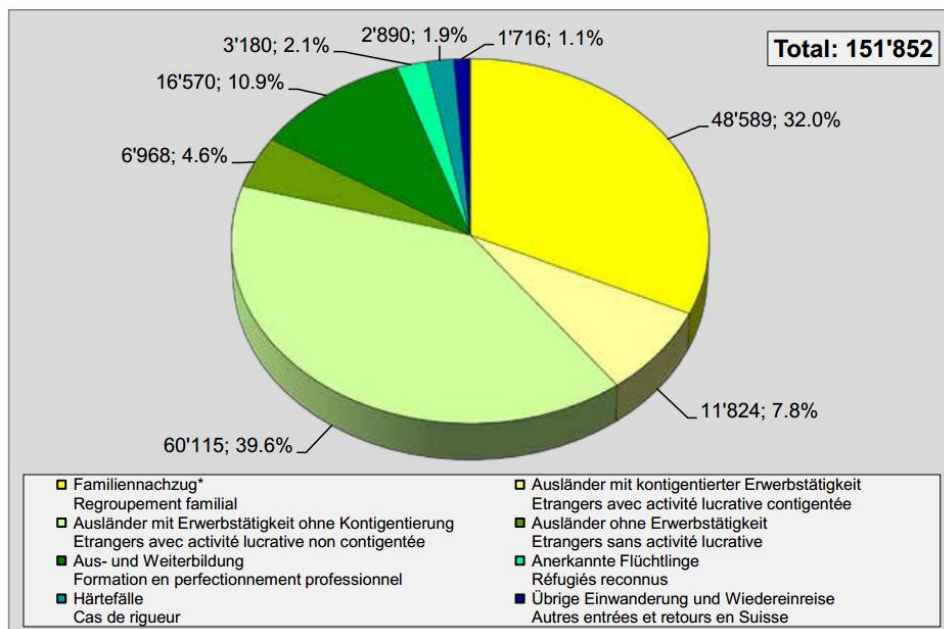
Einwanderung in die Schweiz heute

Die Schweizer Wirtschaft hat einen kontinuierlichen Bedarf an spezialisierten Fachkräften: Im Jahr 2013 waren überdurchschnittlich viele Stellen im Bereich Informatik, Technik und Ingenieurwissenschaften offen¹.

Entsprechend ist die Schweiz ein attraktives Land für Einwanderer. Ende April 2014 betrug der Ausländeranteil 23,5 Prozent der Wohnbevölkerung. Dieser Anteil hat im Vergleich zum Vorjahr um 3,3 Prozent zugenommen. Im gleichen Zeitraum sind 151'852 Personen in die Schweiz eingewandert und 68'950 ausgewandert, womit die Nettozuwanderung 82'902 Personen betrug.

Mehr als 47 Prozent der Ausländer kommen aufgrund einer Erwerbstätigkeit in die Schweiz, die Mehrheit von ihnen (39 Prozent) stammen aus den nichtkontingentierten EU-/EFTA-Staaten. Die Übrigen 8 Prozent stammen aus kontingentierten Drittstaaten. 58 Prozent der aus EU-/EFTA-Staaten zugewanderten Erwerbstätigen sind hoch qualifiziert und verfügen über einen universitären oder Fachhochschul-Abschluss.

Einreisen nach Einwanderungsgrund Mai 2013 – April 2014



Quelle: Bundesamt für Migration

Die Zuwanderung aus den EU-/EFTA-Staaten wurde bisher durch die bilateralen Verträge mit der Personenfreizügigkeit (PFZ) geregelt. Durch die PFZ werden die grenzüberschreitenden Lebens- und

1

Ecopop - Stopp der Überbevölkerung

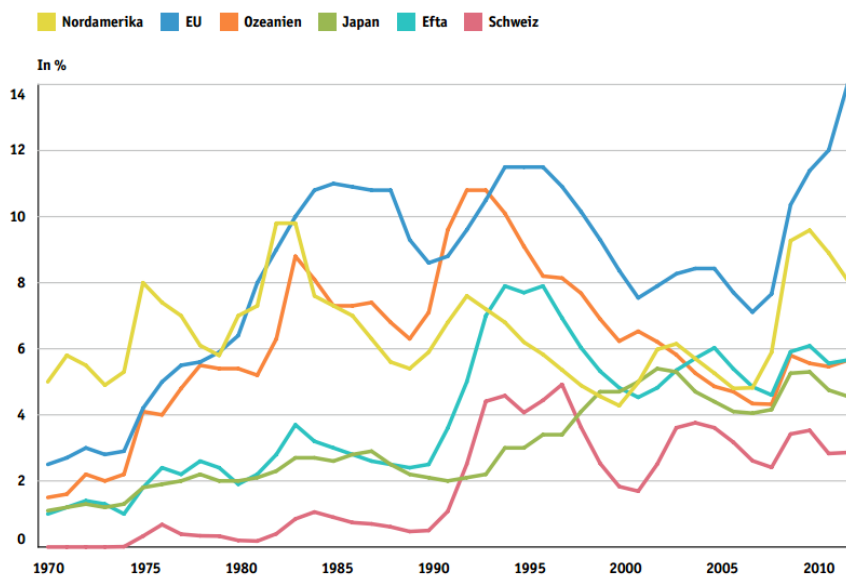
Erklärungstext



5/15

Arbeitsbedingungen für Bürgerinnen und –Bürger der EU und der Schweiz vereinfacht. Dies ist notwendig, weil die Schweiz nicht Teil der EU ist. Damit im Gegenzug die Löhne und Arbeitsbedingungen in der Schweiz im internationalen Vergleich weiterhin auf hohem Niveau bleiben, wurden flankierende Massnahmen (FLAM) eingeführt. Die FLAM ermöglichen den Behörden auf individueller Ebene die Arbeits- und Lohnbedingungen am Arbeitsort zu prüfen und im Widerhandlungsfall (Z.B. Lohndumping) Sanktionen gegen den Arbeitgeber zu erlassen. Die Schweizer Wirtschaft ist ein internationales Erfolgsmodell: Das Bruttoinlandprodukt (BIP) pro Kopf betrug 2013 ganze 81'324 USD. Damit lag die Schweiz weltweit auf Platz 4, mit steigender Tendenz. Die Schweizer Volkswirtschaft zeichnet sich zudem durch einen im internationalen Vergleich sehr hohen Beschäftigungsgrad aus: Die Arbeitslosenquote betrug im April 2014 gerade 3,2 Prozent, diejenige der Jugendarbeitslosigkeit sogar nur 3 Prozent² und trotzte so der weltweiten Wirtschaftskrise.

Arbeitslosenquoten der OECD-Länder, 1970-2012



Quelle: SECO, OECD, Sheldon / Die Volkswirtschaft

Neben einem liberalen Arbeitsmarkt (liberales Arbeitsrecht, duales Bildungssystem, bewährte Sozialpartnerschaft), hat die PFZ massgeblich zu dieser positiven volkswirtschaftlichen Entwicklung beigetragen³.

Am 9. Februar 2014 hat das Schweizer Stimmvolk die Initiative gegen Masseneinwanderung (MEI) der SVP angenommen. Die Initiative verlangt die Kontingentierung sämtlicher ausländischer Staatsbürgerinnen und -bürger, einschliesslich aus EU-/EFTA-Staaten, von Grenzgängern und Asylsuchenden. Die Umsetzung, für welche der Bund 3 Jahre Zeit hat, ist somit unvereinbar mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen, Nach dem Ja zur MEI stellt sich die Frage: Wie geht es weiter (Kapitel 3.3.) und welche Auswirkungen hätte eine Annahme der Ecopop-Initiative (Kapitel 3.4.)?

²

http://www.seco.admin.ch/themen/00374/00384/index.html?lang=de&download=NHZLpZeg7t,lnp6l0NTU042l2Z6ln1acy4Zn4Z2qZpnO2Yuuq2Z6gpJCGd3x6fmy162epYbg2c_JKbNoKSn6A--

³ <http://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2013/291.pdf> (S. 306)

Ecopop - Stopp der Überbevölkerung

Erklärungstext



6/15

Situation nach Annahme der Masseneinwanderungsinitiative

Die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative wird eine der grössten Herausforderungen für die Schweiz: Es gilt den Volkswillen zu respektieren und gleichzeitig die guten Beziehungen mit dem Ausland zu erhalten. Der Wohlstand der Schweiz hängt massgeblich davon ab.

Am 20. Juni 2014 hat der Bundesrat seine Vorschläge für die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative vorgestellt. Diese umfassen drei wesentliche Kernpunkte:

- a) Anstatt einer undifferenzierten Kontingentierung schlägt der Bundesrat ein Zweikreismodell vor: Es soll weiterhin zwischen EU-/EFTA- und Drittstaatenangehörigen unterschieden werden. Damit liesse sich einerseits die Initiative korrekt umsetzen und andererseits die Bevorzugung von EU-/EFTA-Mitgliedern gegenüber Drittstaaten ermöglichen.
- b) Kurzaufenthaltsbewilligungen unter 4 Monaten sollen nicht unter die Kontingente fallen. Dies soll einen angemessenen Grad an Flexibilität bei geringerem bürokratischen Aufwand gewährleisten. Gleichzeitig soll verhindert werden, dass der juristisch mögliche Rahmen einer Aufenthaltsdauer von einem Jahr ausgeschöpft wird und das Kontingentsystem umgangen werden kann.
- c) Um die durch die Kontingentierung wegfallenden ausländischen Arbeitskräfte bestmöglich zu ersetzen, soll das inländische Arbeitskräfte-Potential besser ausgeschöpft werden. Dies betrifft besonders den stärkeren Miteinbezug von Frauen und älteren Arbeitnehmenden in die Berufswelt. Damit dies gelingt, braucht es umfassende Ansätze, wie eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf, steuerliche Anreize sowie eine Reform des Sozialversicherungssystems.

Umstrittene Punkte

Die Ecopop-Initiative will einerseits das Bevölkerungswachstum in der Schweiz durch Zuwanderung begrenzen und andererseits einen Teil der Entwicklungshilfe der Schweiz im Ausland für die Familienpolitik einsetzen. Damit ist die Initiative noch radikaler ausgestaltet als die MEI: Während die MEI allgemein eine Kontingentierung vorschreibt, verlangt die Ecopop-Initiative einen ausdrücklichen Wert. Zudem verknüpft sie die Einwanderungsregulierung mit einem Ziel in der ausländischen Entwicklungshilfe.

Argumente der Befürworter:

- Das historisch einmalige weltweite Bevölkerungswachstum führt zu Ressourcenknappheit und belastet die Erde sowie die Gesundheit der Bevölkerung in den ärmsten Ländern.
- Steigende Ressourcenknappheit und Arbeitslosigkeit führen zu mehr Migration in die Schweiz.
- Durch die Personenfreizügigkeit hat sich das Bevölkerungswachstum in der Schweiz beschleunigt.
- Das hohe Bevölkerungswachstum in der Schweiz führt zu Überbelastungen der Natur und Infrastruktur, zu hohen Mieten, gesteigerter Mobilität und somit zur Senkung der Lebensqualität.
- Die geforderte Einwanderungsbegrenzung ist mit der EU kompatibel, da 0,2 Prozent Bevölkerungswachstum immer noch höher sind als der EU-Durchschnitt.

Argumente der Gegner:

- Die starre Begrenzung von 0,2 Prozent nimmt keine Rücksicht auf die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Schweiz, namentlich im Bereich der Arbeitskräftebeschaffung. Statt, dass die Wirtschaft den Bedarf an Arbeitskräften festlegt, tut dies im Falle von Kontingenten eine Verwaltungsstelle in Bern.

Ecopop - Stopp der Überbevölkerung

Erklärungstext



7/15

- Die starre Begrenzung untergräbt das Generationen-Gleichgewicht und gefährdet damit die langfristige Sicherung der Altersvorsorge, denn die tiefen Geburtenraten in der Schweiz führen zu einer Überalterung der Bevölkerung – immer weniger Erwerbstätige bezahlen für immer mehr Vorsorgebezüger. Dieses Ungleichgewicht kann nur durch Einwanderung ausgeglichen werden.
- Während die Masseneinwanderungsinitiative dem Bundesrat noch etwas Verhandlungsspielraum gegenüber der EU überlässt, gefährdet die Ecopop-Initiative die Bilateralen direkt und damit die internationale Zusammenarbeit sowie den Wohlstand der Schweiz, weil die Schweiz jeden dritten Franken im Ausland verdient.
- Eine radikale Zuwanderungspolitik ist der falsche Weg, um den ökologischen Fussabdruck der Mitteleuropäer zu verkleinern. Stattdessen braucht es mehr technologischen Fortschritt und Effizienz, was aber nicht staatlich befohlen werden kann. Die Abschottung macht die Schweiz unattraktiv für Investitionen und verhindert so notwendige Innovation und Entwicklung.
- Die Initiative verlangt, dass andere ihre Lebensweise einschränken sollen, damit der Lebensstandard in der Schweiz aufrechterhalten werden kann. Dies ist absurd und stellt zudem einen unzulässigen Eingriff in die Souveränität anderer Länder. Für ein neutrales Land wie die Schweiz ist es doppelt heikel und gefährdet den internationalen Standort Genf und die guten Dienste unseres Landes.
- Der Fokus auf Familienplanung ist zu einseitig und verhindert Investitionen in Bildung, Gesundheitsversorgung, Beschäftigungsmöglichkeiten und soziale Sicherheit. Statt in sinnvolle Projekte zu Gunsten von sauberem Trinkwasser, Schulen und Spitälern, müsste die Schweiz jährlich 205 Millionen Franken in Aufklärungskurse und das Verteilen von Kondomen investieren.

Ecopop - Stopp der Überbevölkerung

Prüfung



8/15

Aufgabe:

Welche der folgenden Aussagen sind richtig (es können mehrere Antworten richtig sein).
Maximale Punktzahl: 72.

Fragen	Antwort
1. In welchen Bereichen waren in der Schweiz 2013 besonders viele offene Stellen zu verzeichnen?	<ul style="list-style-type: none"> a. Rechtswissenschaft, Gesundheitswesen, Baugewerbe b. Informatik, Technik und Ingenieurwissenschaften c. Sozialwissenschaften, Informatik, Architektur d. Gastgewerbe, Technikwissenschaften, Bildung
2. Wie hoch ist der Anteil der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung in der Schweiz?	<ul style="list-style-type: none"> a. unter 10 Prozent b. knapp 50 Prozent c. etwas über 15 Prozent d. etwas weniger als 25 Prozent
3. Wie viel betrug die Nettozuwanderung in die Schweiz zwischen April 2013 und April 2014?	<ul style="list-style-type: none"> a. 151'852 b. 68'950 c. 82'902 d. 195'656
4. Welches war zwischen 2013 und 2014 mit 47 Prozent der Hauptgrund für die Einwanderung von Ausländern in die Schweiz?	<ul style="list-style-type: none"> a. Familiennachzug b. Aus- und Weiterbildung c. Erwerbstätigkeit d. sonstiges
5. Welche der folgenden Aussagen sind für die Periode von 2013 und 2014 richtig?	<ul style="list-style-type: none"> a. 39 Prozent aller Einwanderer stammen aus Drittstaaten b. 8 Prozent aller Einwanderer stammen aus EU/EFTA-Staaten c. 39 Prozent aller Einwanderer stammen aus EU/EFTA-Staaten d. 8 Prozent aller Einwanderer stammen aus Drittstaaten
6. Wie hoch war der Anteil der eingewanderten hochqualifizierten Erwerbstätigen zwischen 2013 und 2014?	<ul style="list-style-type: none"> a. 34 Prozent b. 58 Prozent c. 12 Prozent d. 86 Prozent
7. Was ist der Zweck der Personenfreizügigkeit (PFZ)?	<ul style="list-style-type: none"> a. die Einführung von Flankierenden Massnahmen im Arbeitsmarkt b. Vereinfachung von Arbeits- und Lebensbedingungen von Schweizern in der EU c. Erleichterter Zugang der Schweizer Wirtschaft zu ausländischen

Ecopop - Stopp der Überbevölkerung

Prüfung



9/15

	<p>Fachkräften</p> <p>d. Beschränkung der Zuwanderung</p>
8. Was ist der Zweck der Flankierenden Massnahmen (FLAM)?	<p>a. Verhinderung von Lohndumping</p> <p>b. Einführung der Personenfreizügigkeit</p> <p>c. Bessere Kontrolle von Arbeitgebern</p> <p>d. Verbesserung der Beziehungen mit der EU</p>
9. Welche Aussagen treffen zu?	<p>a. die Schweiz hat im internationalen Vergleich ein sehr tiefes BIP, einen sehr hohen Beschäftigungsgrad und eine sehr tiefe Jugendarbeitslosenquote</p> <p>b. die Schweiz hat im internationalen Vergleich ein sehr hohes BIP, einen sehr hohen Beschäftigungsgrad und eine sehr tiefe Jugendarbeitslosenquote</p> <p>c. die Schweiz hat im internationalen Vergleich ein sehr hohes BIP, einen sehr tiefen Beschäftigungsgrad und eine sehr tiefe Jugendarbeitslosenquote</p> <p>d. die Schweiz hat im internationalen Vergleich ein sehr hohes BIP, einen sehr hohen Beschäftigungsgrad und eine sehr hohe Jugendarbeitslosenquote</p>
10. Was sind die Ursachen für den wirtschaftlichen Erfolg der Schweiz?	<p>a. ein liberaler Arbeitsmarkt</p> <p>b. das duale Bildungssystem</p> <p>c. die Sozialpartnerschaft</p> <p>d. die Personenfreizügigkeit</p>
11. Welche Konsequenzen hat die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative?	<p>a. sie ist unvereinbar mit der Fortführung der Personenfreizügigkeit</p> <p>b. das inländische Arbeitskraftpotenzial muss besser genutzt werden</p> <p>c. die Flankierenden Massnahmen werden überflüssig</p> <p>d. sie belastet die Beziehungen der Schweiz zur EU</p>
12. Was will die Ecopop-Initiative?	<p>a. Einführung unbestimmter Kontingente</p> <p>b. Begrenzung der Zuwanderung um 0,2 Prozent im dreijährigen Durchschnitt</p> <p>c. die Abschaffung von Entwicklungshilfe im Ausland</p> <p>d. mindestens 10 Prozent der Entwicklungshilfe soll in Familienplanung fliessen</p>
13. Welche Aussagen treffen zu?	<p>a. der Bundesrat ist für die Initiative</p> <p>b. der Nationalrat ist gegen die Initiative</p> <p>c. c. Bundesrat und Ständerat sind gegen die Initiative</p>

Ecopop - Stopp der Überbevölkerung

Prüfung



10/15

<p>14. Welche Folgen hätte eine Annahme der Initiative?</p>	<ul style="list-style-type: none"> a. die Entwicklungshilfe könnte nicht mehr vollständig den gegebenen Umständen entsprechend eingesetzt werden b. Einwanderungskontingente könnten flexibel festgelegt werden c. grundsätzlich geringere Folgen als die Masseneinwanderungsinitiative d. Die Rekrutierung ausländischer Fachkräfte würde erschwert und damit der Wohlstand der Schweiz gefährdet
<p>15. Welche Argumente gehören den Befürwortern der Initiative?</p>	<ul style="list-style-type: none"> a. steigende Ressourcenknappheit und Arbeitslosigkeit führen zu mehr Migration in die Schweiz b. die geforderte Einwanderungsbegrenzung ist mit der EU kompatibel, da 0,2 Prozent Bevölkerungswachstum immer noch höher sind als der EU-Durchschnitt c. der Fokus auf Familienplanung ist zu einseitig und verhindert Investitionen in Bildung, Gesundheitsversorgung, Beschäftigungsmöglichkeiten und soziale Sicherheit. d. die Initiative verlangt, dass andere ihre Lebensweise einschränken sollen, damit der Lebensstandard in der Schweiz aufrechterhalten werden kann
<p>16. Welche Argumente gehören den Gegnern der Initiative?</p>	<ul style="list-style-type: none"> a. durch die Personenfreizügigkeit hat sich das Bevölkerungswachstum in der Schweiz beschleunigt b. die starre Begrenzung von 0,2 Prozent nimmt keine Rücksicht auf die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Schweiz, namentlich im Bereich der Arbeitskräftebeschaffung c. das historisch einmalige weltweite Bevölkerungswachstum führt zu Ressourcenknappheit und belastet die Erde sowie die Gesundheit der Bevölkerung in den ärmsten Ländern d. eine radikale Zuwanderungspolitik ist der falsche Weg, um den ökologischen Fussabdruck der Mitteleuropäer zu verkleinern. Stattdessen braucht es mehr technologischen Fortschritt und Effizienz, was aber nicht staatlich befohlen werden kann

Ecopop - Stopp der Überbevölkerung

Prüfung



11/15

1. Ergänzen Sie den Initiativtext wie folgt:

1 Der Bund strebt auf dem Gebiet der Schweiz eine auf einem Niveau an, auf dem die natürlichen dauerhaft sichergestellt sind.

Er unterstützt dieses Ziel auch, namentlich im Rahmen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit.

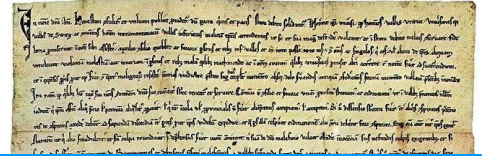
2 Die ständige Wohnbevölkerung in der Schweiz darf infolge Zuwanderung im dreijährigen Durchschnitt nicht um mehr als pro Jahr wachsen.

3 investiert mindestens seiner in die internationale Entwicklungszusammenarbeit fliessenden Mittel in Massnahmen zur der freiwilligen

4 Er darf keine völkerrechtlichen Verträge abschliessen, die gegen die Bestimmungen dieses Artikels verstossen oder Massnahmen verhindern oder erschweren, die zur Erreichung der Ziele dieses Artikels geeignet sind.

Ecopop - Stopp der Überbevölkerung

Lösung



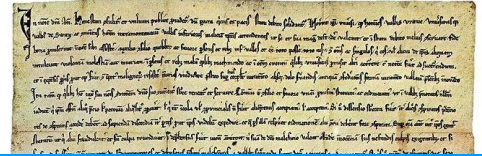
Lösung:

Die richtigen Antworten sind blau markiert

Fragen	Antwort
1. In welchen Bereichen waren in der Schweiz 2013 besonders viele offene Stellen zu verzeichnen?	a. Rechtswissenschaft, Gesundheitswesen, Baugewerbe b. Informatik, Technik und Ingenieurwissenschaften c. Sozialwissenschaften, Informatik, Architektur d. Gastgewerbe, Technikwissenschaften, Bildung
11. Wie hoch ist der Anteil der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung in der Schweiz?	a. unter 10 Prozent b. knapp 50 Prozent c. etwas über 15 Prozent d. etwas weniger als 25 Prozent
12. Wie viel betrug die Nettozuwanderung in die Schweiz zwischen April 2013 und April 2014?	a. 151'852 b. 68'950 c. 82'902 d. 195'656
13. Welches war zwischen 2013 und 2014 mit 47 Prozent der Hauptgrund für die Einwanderung von Ausländern in die Schweiz?	a. Familiennachzug b. Aus- und Weiterbildung c. Erwerbstätigkeit d. sonstiges
14. Welche der folgenden Aussagen sind für die Periode von 2013 und 2014 richtig?	a. 39 Prozent aller Einwanderer stammen aus Drittstaaten b. 8 Prozent aller Einwanderer stammen aus EU/EFTA-Staaten c. 39 Prozent aller Einwanderer stammen aus EU/EFTA-Staaten d. 8 Prozent aller Einwanderer stammen aus Drittstaaten
15. Wie hoch war der Anteil der eingewanderten hochqualifizierten Erwerbstätigen zwischen 2013 und 2014?	a. 34 Prozent b. 58 Prozent c. 12 Prozent d. 86 Prozent
16. Was ist der Zweck der Personenfreizügigkeit (PFZ)?	a. die Einführung von Flankierenden Massnahmen im Arbeitsmarkt b. Vereinfachung von Arbeits- und Lebensbedingungen von Schweizern in der EU c. Erleichterter Zugang der Schweizer Wirtschaft zu ausländischen

Ecopop - Stopp der Überbevölkerung

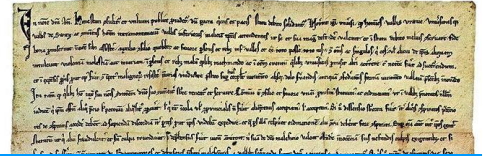
Lösung



	<p>Fachkräften</p> <p>d. Beschränkung der Zuwanderung</p>
17. Was ist der Zweck der Flankierenden Massnahmen (FLAM)?	<p>a. Verhinderung von Lohndumping</p> <p>b. Einführung der Personenfreizügigkeit</p> <p>c. Bessere Kontrolle von Arbeitgebern</p> <p>d. Verbesserung der Beziehungen mit der EU</p>
18. Welche Aussagen treffen zu?	<p>a. die Schweiz hat im internationalen Vergleich ein sehr tiefes BIP, einen sehr hohen Beschäftigungsgrad und eine sehr tiefe Jugendarbeitslosenquote</p> <p>b. die Schweiz hat im internationalen Vergleich ein sehr hohes BIP, einen sehr hohen Beschäftigungsgrad und eine sehr tiefe Jugendarbeitslosenquote</p> <p>c. die Schweiz hat im internationalen Vergleich ein sehr hohes BIP, einen sehr tiefen Beschäftigungsgrad und eine sehr tiefe Jugendarbeitslosenquote</p> <p>d. die Schweiz hat im internationalen Vergleich ein sehr hohes BIP, einen sehr hohen Beschäftigungsgrad und eine sehr hohe Jugendarbeitslosenquote</p>
19. Was sind die Ursachen für den wirtschaftlichen Erfolg der Schweiz?	<p>a. ein liberaler Arbeitsmarkt</p> <p>b. das duale Bildungssystem</p> <p>c. die Sozialpartnerschaft</p> <p>d. die Personenfreizügigkeit</p>
11. Welche Konsequenzen hat die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative?	<p>a. sie ist unvereinbar mit der Fortführung der Personenfreizügigkeit</p> <p>b. das inländische Arbeitskraftpotenzial muss besser genutzt werden</p> <p>c. die Flankierenden Massnahmen werden überflüssig</p> <p>d. sie belastet die Beziehungen der Schweiz zur EU</p>
12. Was will die Ecopop-Initiative?	<p>a. Einführung unbestimmter Kontingente</p> <p>b. Begrenzung der Zuwanderung um 0,2 Prozent im dreijährigen Durchschnitt</p> <p>c. die Abschaffung von Entwicklungshilfe im Ausland</p> <p>d. mindestens 10 Prozent der Entwicklungshilfe soll in Familienplanung fließen</p>

Ecopop - Stopp der Überbevölkerung

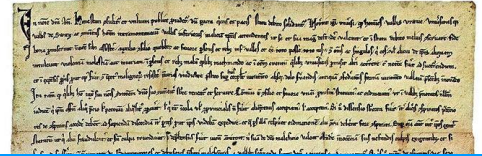
Lösung



<p>13. Welche Aussagen treffen zu?</p>	<ul style="list-style-type: none"> a. der Bundesrat ist für die Initiative b. der Nationalrat ist gegen die Initiative c. Bundesrat und Ständerat sind gegen die Initiative
<p>14. Welche Folgen hätte eine Annahme der Initiative?</p>	<ul style="list-style-type: none"> e. die Entwicklungshilfe könnte nicht mehr vollständig den gegebenen Umständen entsprechend eingesetzt werden f. Einwanderungskontingente könnten flexibel festgelegt werden g. grundsätzlich geringere Folgen als die Masseneinwanderungsinitiative d. Die Rekrutierung ausländischer Fachkräfte würde erschwert und damit der Wohlstand der Schweiz gefährdet
<p>15. Welche Argumente gehören den Befürwortern der Initiative?</p>	<ul style="list-style-type: none"> e. steigende Ressourcenknappheit und Arbeitslosigkeit führen zu mehr Migration in die Schweiz f. die geforderte Einwanderungsbegrenzung ist mit der EU kompatibel, da 0,2 Prozent Bevölkerungswachstum immer noch höher sind als der EU-Durchschnitt g. der Fokus auf Familienplanung ist zu einseitig und verhindert Investitionen in Bildung, Gesundheitsversorgung, Beschäftigungsmöglichkeiten und soziale Sicherheit. h. die Initiative verlangt, dass andere ihre Lebensweise einschränken sollen, damit der Lebensstandard in der Schweiz aufrechterhalten werden kann
<p>16. Welche Argumente gehören den Gegnern der Initiative?</p>	<ul style="list-style-type: none"> e. durch die Personenfreizügigkeit hat sich das Bevölkerungswachstum in der Schweiz beschleunigt f. die starre Begrenzung von 0,2 Prozent nimmt keine Rücksicht auf die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Schweiz, namentlich im Bereich der Arbeitskräftebeschaffung g. das historisch einmalige weltweite Bevölkerungswachstum führt zu Ressourcenknappheit und belastet die Erde sowie die Gesundheit der Bevölkerung in den ärmsten Ländern h. eine radikale Zuwanderungspolitik ist der falsche Weg, um den ökologischen Fussabdruck der Mitteleuropäer zu verkleinern. Stattdessen braucht es mehr technologischen Fortschritt und Effizienz, was aber nicht staatlich befohlen werden kann

Ecopop - Stopp der Überbevölkerung

Lösung



17. Ergänzen Sie den Initiativtext wie folgt:

¹ Der Bund strebt auf dem Gebiet der Schweiz eine **Einwohnerzahl** auf einem Niveau an, auf dem die natürlichen **Lebensgrundlagen** dauerhaft sichergestellt sind.

Er unterstützt dieses Ziel auch **in anderen Ländern**, namentlich im Rahmen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit.

² Die ständige Wohnbevölkerung in der Schweiz darf infolge Zuwanderung im **dreijährigen Durchschnitt** nicht um mehr als **0,2 Prozent** pro Jahr wachsen.

³ **Der Bund** investiert mindestens **10 Prozent** seiner in die internationale Entwicklungszusammenarbeit fließenden Mittel in Massnahmen zur **Förderung** der freiwilligen **Familienplanung**.

⁴ Er darf keine völkerrechtlichen Verträge abschliessen, die gegen die Bestimmungen dieses Artikels verstossen oder Massnahmen verhindern oder erschweren, die zur Erreichung der Ziele dieses Artikels geeignet sind.

1. Ergänzen Sie den Initiativtext wie folgt:

³ Die soziale Krankenversicherung wird von einer **einheitlichen** nationalen **öffentlich-rechtlichen** Einrichtung durchgeführt. [...]

⁴ Die nationale Einrichtung verfügt über kantonale oder interkantonale **Agenturen**. Diese legen namentlich die **Prämien** fest, ziehen sie ein und vergüten die **Leistungen**. Für jeden **Kanton** wird eine **einheitliche** Prämie festgelegt; diese wird aufgrund der **Kosten** der sozialen Krankenversicherung berechnet.

² Erlässt die Bundesversammlung nicht innert **drei Jahren** nach Annahme von Artikel 117 Absätze 3 und 4 ein entsprechendes Bundesgesetz, so können die Kantone auf ihrem Gebiet eine einheitliche öffentliche Einrichtung der sozialen Krankenversicherung schaffen.